Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 26. August bis 7. Oktober 2021[17]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
6. Oktober 2021	Rat	EU-Westbalkangipfel in Brdo pri Kranju, Slowenien Auf dem vom slowenischen Ratsvorsitz ausgerichteten Gipfeltreffen kamen die Führungsspitzen der EU-Mitgliedstaaten und der sechs Partnerländer im Westbalkan (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Republik Nordmazedonien und Kosovo) zusammen. Das Gipfeltreffen ist Teil des strategischen Engagements der EU im westlichen Balkan im Einklang mit der Strategischen Agenda 2019-2024. Es schließt an die beiden EU-Westbalkan-Gipfel an, die 2018 in Sofia und 2020 als Videokonferenz in Zagreb abgehalten wurden. Die EU-Führungsspitzen verständigten sich auf die Erklärung von Brdo, der sich die Partner im westlichen Balkan anschlossen. Insbesondere wurde wieder die europäischen Perspektive für den Westbalkan betont. Entscheidend für den weiteren Verlauf der Erweiterung sind die Reformen und die wirtschaftliche Integration der Beitrittskandidatenländer. Weiters standen die Erholung vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie, die Zusammenarbeit in politischen und sicherheitspolitischen Belangen, und die Umsetzung des Wirtschafts- und Investitionsplans auf der Agenda der Beratungen.
4. Oktober 2021	Eurogruppe	EU-Antwort auf Energiepreise-Die Euro-Finanzminister sind sich nicht einig Die Energiepreise (inklusive Gaspreise) sind stark gestiegen. Die Eurofinanzminister sind sich nicht einig geworden, ob die EU darauf gemeinsam reagieren muss. Vor allem Frankreich, Spanien und Griechenland fordern eine europäische Strategie gegen die hohen Preise, andere Mitgliedsstaaten lehnen dies ab. Es sollen Vorschläge für einen befristeten und zielgerichtete Antwort folgen.
28. September 2021	Rat	Rat nimmt Bexit-Reserve in Höhe von 5 Mrd EUR an Der Rat hat einem Fonds in der Höhe von 5 Mrd EUR zugestimmt, mit dem die am stärksten betroffenen Mitgliedsstaaten bei der Bewältigung der negativen Auswirkungen des Brexits unterstützt werden sollen. Der für die Unterstützung infrage kommende Bezugszeitraum soll mit 1. Jänner 2020 beginnen und auf 4 Jahre

[17] Autorinnen: Christiane Kment, Alexandra Bernhard (Abteilung für Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		befristet sein.
22. September 2021	EZB	Gesamtwirtschaftlicher Klimastresstest der EZB veröffentlicht Die Ergebnisse zeigen, dass Unternehmen und Banken von frühzeitiger Einführung klimapolitscher Maßnahmen profitieren. Die Kosten- und Nutzenvorteile wiegen mittel- und langfristig die kurzfristigen Übergangskosten auf. Ohne entsprechenden Maßnahmen würde der Klimawandel Unternehmen und Banken schwer belasten. Investitionen in Sektoren und Regionen, die besonders stark Klimarisiken ausgesetzt sind, dürften am meisten in Mitleidenschaft gezogen werden.
21.September 2021	Rat	Minister bewerteten den State of Play in den EU-UK Beziehungen. Es müssen langfristige, flexible und praktikable Lösungsansätze gefunden werden, um die Probleme, die mit der Implementierung des Protokolls entstehen zu adressieren. Das Protokoll stellt die vereinbarte Grundlage dar, welche zwischen UK und der EU in Bezug auf Bexit-induzierte Probleme mit Irland regelt. Die EU wird keiner Neuverhandlung des Protokolls zwischen UK und der EU zustimmen.
15. September 2021	EK/EP	EK Präsidentin Ursula von der Leyen – Rede zur Lage der Union In ihrer zweiten Rede zur Lage der Union präsentierte EK Präsidentin Ursula von der Leyen Errungenschaften des abgelaufenen Jahres und legte die Prioritäten der EU für das kommende Jahr dar. Sie lobt die Vorreiterrolle bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Ziel ist nun eine Erhöhung der Impfquote in der EU. Am Weg zur Europäischen Gesundheitsunion wird eine Gesundheitsbehörde HERA (Health Emergency Peparedness and Response Authority) gegründet. Neben dem bestehenden Aufbau- und Konjunkturprogramm NextGenerationEU wird nun auch nächstes Jahr die Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts 2022 weiterhin gelten. Das Projekt ALMA soll der Jugendarbeitslosigkeit entgegenwirken. In Bezug auf den Europäischem Grünen Deal wird die externe Finanzierung für Klimamaßnahmen für den Erhalt der biologischen Vielfalt in der Welt verdoppelt und weitere 4 Mrd EUR für die Finanzierung von Klimamaßnahmen bis 2027 zur Verfügung gestellt. Weiters sollen die Ausgaben für Digitales bei NextGenerationEU das Ziel von 20% noch übertreffen. Betreffend Geopolitik ist geplant, dass die Union die Partnerschaft mit der NATO und den Verbündeten der EU stärkt. Man legt den Fokus darauf die Werte und Freiheiten Europas zu verteidigen, sowie die Rechtsstaatlichkeit zu schützen.

13. September 2021	EZB	Isabel Vansteenkiste folgt am 1. November 2021 Hans Joachim Klöckers nach Das Exekutivboard der EZB hat Isabel Vansteenkiste als Generaldirektorin für das Ressort Internationale und Europäische Beziehungen nominiert. Die Generaldirektion ist zuständig für das Monitoring und Vorhersage von globalen Wirtschaftstrends und berät des Executive Board bei politischen Positionen in Bezug auf internationale und EU/Euro Angelegenheiten im Rahmen von Treffen mit dem IWF, G7, G20, Ecofin und Eurogruppe.
10. September 2021	Eurogruppe	Die Wirtschaft erholte sich trotz bestehender Unsicherheiten Entsprechend einem Update der EZB hat sich die Wirtschaft im Eurogebiet erholt, trotz einer bleibenden Unsicherheit betreffend pandemischen und Angebotsengpässen. Die Inflation stieg aufgrund temporärer Faktoren und mit großen Unterschieden in den Mitgliedsstaaten. Die oft ungleiche Auswirkung der Pandemie auf die einzelnen Länder soll mit einer aktiven Konvergenzpolitik begegnet werden. Weiters legt man den Fokus auf grüne und digitale Transition und konzentriert sich auf „lebensfähige“ Unternehmen.
7. September 2021	Rat	Rat gibt grünes Licht für 7-jährige Finanzierung für Beitrittspartner Die Mitgliedsstaaten haben grünes Licht für fast 14,2 Mrd EUR an finanzieller Hilfe für die Republik Albanien, Bosnien und Herzegowina, das Kosovo, Montenegro, die Republik Nordmazedonien, die Republik Serbien und die Republik Türkei für den Zeitraum 2021-2027 gegeben. Die Unterstützung soll bei der Durchführung von Reformen im Hinblick auf eine künftige Mitgliedschaft in der Union helfen.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

27.September 2021	IWF	IMF-WBG Constituencies’Meeting (Deputies Level) in virtueller Form. Das diesjährige Meeting wurde von der OeNB organisiert und virtuell ausgerichtet. Themen: u. a. Recent developments at the WBG Constituency, Europe and Central Asia: Tackling Structural Constraints and Challenges, The new Climate Change Action Plan and the WGB’s role and commitments in the run-up to COP26.
21 September 2021	IWF	Übermittlung des diesjährigen Berichts des IWF Exekutivdirektoriums an das IWF Board of Governors betreffend „Official Business of the Fund Unter anderem wird Gouverneur Holzmann zur Wahl als stellvertretender Vorsitzender („Vice-Chair“) des IWF Board of Governors für das Geschäftsjahr 2021-2022 vorgeschlagen.
9. September 2021	IWF	Veröffentlichung des Staff Reports der Art. IV Konsultationen mit Österreich (Dauer: 26.5-15.6.2021): Wesentliche Aussagen: u.a.

		- Begrüßung der schnellen und wirksamen politischen Reaktion Österreichs auf die COVID-19 -Pandemie - Einigung darüber, dass die Fiskalpolitik ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der Unterstützung stark betroffener Sektoren und dem Ankurbeln der Wirtschaft gefunden hat - Einigung darüber, dass die Fiskalpolitik angesichts der hohen Unsicherheit in Bezug auf die Pandemieentwicklung flexibel bleiben sollte - Begrüßung der Prioritäten Österreich für die digitale und grüne Transformation nach der Krise - Begrüßung der Widerstandsfähigkeit des Bankensektors während der Pandemie, wobei zur Wahrung der Stabilität des Finanzsektors Unternehmensanfälligkeiten und Immobilien-marktrisiken adressiert werden sollten um die Stabilität des Finanzsektors zu wahren - Empfehlung einer genauen Überwachung der Auswirkungen der Pandemie auf die Unternehmens- und Bankbilanzen und der Festlegung von verbindlichen Kreditlimits zur Eindämmung der Immobilienmarktrisiken